

Die „Weltzeitung“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Feiertagen...

Die schlagendsten Monatshefte über den Raum kostet 4.- M. einschließlich...

STREIFER

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Parteikrisen in Norwegen und Italien

Die Miswirtschaft bei der Eisenbahn

Der italienische Sozialistenkongress

Der italienische Sozialistenkongress ist Sonnabend in Livorno eröffnet worden.

Nachdem Dr. Levi die Grüße der deutschen Kommunisten übermittelte, trat der Kongress in die Besprechung des Berichtes über den zweiten Kongress der Dritten Internationale ein.

In der Vormittagssitzung am Sonntag verlas Kabatjell, der bulgarische Vertreter der Dritten Internationale, einen an die italienischen Sozialisten gerichteten Vortrag, der mit jedem Satz fürwärtigen Värm hervorrief.

In der Nachmittagsitzung des Sozialistenkongresses hielt Paratow einen Vortrag über die Grundzüge der unitarischen Kommunisten.

Von unserer Partei sind die Genossen Dittmann und Dr. Kurt Rosenfeld zum Kongress delegiert.

Parteispaltung in Norwegen

Trennung der Sozialdemokraten von den Kommunisten

Ueber eine am Sonnabend und Sonntag in Christiania stattgefundene Landeskonferenz der sozialdemokratischen Oppositionsgruppe berichtet W. L. B.: Eine vom Vorstand eingebrachte Resolution bezüglich der Moskauer Bedingungen und der Stellung der Opposition

zur norwegischen Arbeiterpartei gefangen zur Verhandlung. Bei der Abstimmung wurden fünf Stimmen gegen den Vorschlag des Vorstandes abgegeben.

Da der Landesvorstand der Arbeiterpartei den Vorschlag gemacht hat, daß die Partei die Beschlüsse des Moskauer Kongresses annehmen und als eine Abteilung der Dritten Internationale fortbestehen soll, da ferner die Opposition der Meinung ist, daß diese Beschlüsse nur den politischen Gegnern der Arbeiterklasse nützen können, der Gewerkschaftsbewegung aber nicht wieder gutzumachenden Schaden zufügen und die Arbeiterklasse jeder Möglichkeit, die sozialistischen Ziele zu erreichen, berauben würden.

Abstimmungstag für Oberschlesien

Der 13. März in Aussicht genommen

Wie der „Petit Parisien“ meldet, versichert man gestern in amtlichen Londoner Kreisen, daß der 13. März vorläufig als Abstimmungstag für Oberschlesien in Aussicht genommen sei.

Die Schieberei am Pariser Platz

Nach den bekannt gewordenen Einzelheiten der blutigen Vorgänge am Pariser Platz muß das Urteil über das Vorgehen der Sicherheitspolizei um vieles schärfer gefaßt werden, als wir es bei den noch unvollkommenen Angaben am Sonnabend abend tun konnten.

Als die Massen aus dem Lustgarten sich auf dem Heimweg befanden, wurde ein Zug, der nach Moabit marschieren wollte und aus Unkenntnis die Bannmeile an der Charlottenstraße überquerte, am Pariser Platz, in der Nähe des Hotels Adlon von plötzlich austretenden Rednern aufgefordert, die ungefähr 100 Meter entfernte Postenkette der Sipo zu durchbrechen.

Wenn diese Angaben sich bewahrheiten, so würde sich daraus ergeben, daß die Spitzhalslunen der Polizei wieder, wie schon oft zuvor, ihre Hand im Spiele hatten, um ein Blutbad unter den Arbeitern anzurichten.

Der Polizeipräsident ist hierzu um so mehr verpflichtet, als seine gestern wiedergegebenen Versicherungen auf eine Rechtfertigung aller Handlungen der Polizei hinausliefen.

weil er das Sowjetabzeichen trug. Auf der Wache wurde er mit den Worten: „Schade, daß wir Sie nicht allein haben“ mehrfach angebrüllt und mißhandelt.

Nach alledem steht wohl unzweifelhaft fest, daß die Schieberei am Pariser Platz einzig und allein auf das Konto der Polizei fällt, die anscheinend danach gierte, sich die Vorbeeren der Kassezeit wieder zu verdienen.

Wir fordern, daß gegen den Hauptmann Jansen, der diese Blutschuld auf sich geladen hat, mit aller Strenge des Gesetzes vorgegangen wird.

Das ist das Mindestmaß der Forderungen, die angesichts der blutigen Vorgänge am Pariser Platz gestellt werden müssen.

Die Opfer

Die Namen der bei der Straßenkündigung am Sonnabend Verletzten sind: Paul Zuhold, geb. 16. 9. 85 in Wroclau, wohnhaft Wiener Str. 52; rechter Oberschenkel verletzt, nach der Charite verbracht.

Kaufmann an das von uns kürzlich angeführte Thema von der „Eisenbahnreform“ wird aus der Eisenbahnkreise geschrieben:

Daß man bei der Gedankenarmut, mit der im Reichsverkehrsministerium der „Wiederaufbau“ des Eisenbahnwesens betrieben wird, auf keine anderen Wege verfallen würde, als letzten Endes auf die, durch Vertuppelung des Transportwesens an irgend eine profitwütige Privatindustrie dem Bekannnis der eigenen Ohnmacht zur Besserung aus dem Wege zu gehen, wird eingeweihte Kreise nicht wunder nehmen.

Norweg sei eins mit aller wünschenswerten Schärfe betont: Die Eisenbahnbeamenschaft, namentlich die mittlere als die am produktivsten in der Verwaltung tätige und zur Zeit nur durch den rüchständigen Geheimratsapparat an durchgreifender Reformierung der Bureaucratie verhinderte, wird scharf aufpassen und den Versuch, auf dem Wege eines solchen Hintenherums sie zu Schreiberfesseln des allein festmachenden Gedächtnisses ungenügend, nicht ohne Gegenwehr hinnehmen.

Man hat in der Frage einer durchgreifenden Reformierung des Eisenbahnbetriebes bisher so ziemlich alles unterlassen, was zu einer Herbeiführung positiver Arbeitsleistungen trotz lebensnotwendiger Gehälter und Löhne getan werden konnte.

So manches wäre erforderlich gewesen, wirkliche Reformarbeit zu schaffen. Vorerst das öffentliche Bekenntnis, daß die rettungslose Verklüderung unseres rollenden Materials während der fünf Kriegsjahre, die sich erst jetzt in der hohen Reparaturbedürftigkeit allen Materials ziffermäßig bemerkbar macht, den Etat der Eisenbahn so ungünstig beeinflusst.

Dann aber weiter zu wirklichen Reformen: Eisenbahn und Binnenschiffahrt — letztere durch baldigste Sozialisierung in Staats Hände übergehend — hätten zu einem gemeinsamen Transportwesen vereinigt werden müssen.

Man hätte ferner bei Gelegenheit der Verreichlichung die schon längst notwendige Aufgabe in Angriff nehmen sollen, durch Neuabgrenzung der Eisenbahndirektionsbezirke nach verkehrs- und wirtschaftsgeographischen Gesichtspunkten verkehrsreformierend zu wirken.

Eine solche Neuabgrenzung der Direktionsbezirke nach Sammelbezirken des Verkehrs, der Industrie und sonstigen Wirtschaftsgeschäftspunkten, eine Neuordnung der Wagenverteilung unter Berücksichtigung volkswirtschaftlicher Notwendigkeiten muß und wird Besserung bringen können.

würde außerdem dadurch, daß infolge dieser Neuabgrenzungen die Direktionsbezirke über die innerstaatlichen Landesgrenzen hinausgreifen würden, antipartikularistisch wirken. Heute treibt Bayern auf den bayerischen Strecken bayerische, Sachsen auf den sächsischen, Preußen die preussische Post. Das ganze nennt sich „Verreichlichung der Eisenbahnen zur Garantierung einheitlicher Wirtschaftsführung“.

Man räume ferner endlich auf mit dem Wust verpöster Hilfsarbeit, die in ihren Auswirkungen noch nicht ein Prozent der aufgewandten Arbeitskraft einbringt. Nach einem von spekulativer Seite mit voller Absicht ins Volk geworfenen und von jedem nicht sachverständigen Bananen gedankenlos nachgeplapperten Schlagwort haben wir bei der Eisenbahn 100 000 Arbeitskräfte zuviel. Das ist unter den heutigen Verhältnissen einfach nicht wahr! Gewiß: wir könnten sparen. Solange aber wegen zweier Großen vierzig Markt Arbeitslöhne bzw. Gehälter verschrieben werden, solange vor dem Stürzen der Oberrechnungskammer — jetzt des Rechnungshofes — wegen eines fehlenden Vermerks über den Verbleib einer leeren Zementtonne eine ganze Eisenbahndirektion in konfusische Arbeitszuckungen gerät und Papier, Tinte und Arbeitskraft vergeudet, daß man dafür eine ganz neue Labung Zement kaufen könnte, solange haben wir nicht 100 000 Köpfe zuviel, sondern 400 000 zu wenig. Daß wir letztere nicht gebrauchlich, liegt lediglich daran, daß sich ein Teil der mittleren Beamtenschaft schon heute aus Erkenntnis der Notwendigkeit über 80 Prozent der völlig veralteten Bestimmungen einfach hinwegsetzt. Und daß einem energischen Auftreten dieser Beamten gegenüber der verfallene Apparat von Geheimräten und sonstigen Konservatoren fossiler Bürokratie sich nicht mehr ganz und gar durchzusetzen vermag.

Man räume ferner mit dem juristischen Prinzip in den leitenden Stellen auf. Die Eisenbahn ist ein Transportunternehmen. An ihre Spitze gehören Volkswirtschaftler und Praktiker. Der ehemalige Gerichtsassessor — Regierungsassessor wird er durch Uebergang zur Eisenbahn automatisch, und wenn Gott ein Amt gegeben hat, dem gibt er auch Bestand — ist deshalb noch nicht aller Weisheit letztes Kristall. Und vornehmlich in einem Transportunternehmen ist er ein volkswirtschaftliches Uding.

Statt aber Praktiker heranzuziehen in wirklich ausreichendem Maße, um eine Reformierung zu garantieren, hat man ein paar Konzeptionschulzen zu Inspektoren gemacht — Notabene möglichst die, die beim Rapp-Fuß den „gesunden Sinn“ der Beamtenschaft dokumentierten —, hat man ein paar „Hilfs“bezernenten in „minderwertige“ Deserentenstellen gnädigst aufgenommen und durch Rachuntretzen des übrigen Personals dafür gesorgt, noch mehr als bisher unter sich zu bleiben. Wohin sollten wir auch kommen, wenn sich an der wirklichen Leitung unserer Verwaltung Leute beteiligen wollten, deren Cutaway nicht nach der neuesten Nummer der „eleganten Welt“ geschnitten ist?

Aber das ist des Pudels Kern! Wenn die „Demokratisierung der Verwaltung“ erst unter die Einkommensteuergrenze von 30 000 M. heruntergehen sollte, wenn tatsächlich der Tüchtige freie Bahn nicht bloß zur Pfandleihe, sondern auch zu wirklich verantwortungsvollen leitenden Uemtern bekäme, dann könnte es unter Umständen schließlich besser werden. Darum wählt man lieber den Ausweg, solche kleinen Gernegroße unter die „Diktatorensucht“ von Stinnes, Bögeler und Konsorten zu stellen.

Eine Konferenz der Ernährungsminister ist am 15. Januar in Dresden zusammengetreten. Sie beschäftigte sich mit den Mindestpreisen für Getreide für die nächste Ernte und der Versorgung der Landwirtschaft mit Düngemitteln.

Monarchie auch für die einzelnen Länder. Auf dem deutsch-nationalen Parteitag von Magdeburg-Anhalt hat auch der deutsch-nationale Abgeordnete Professor Hüsch gesprochen und dort gesagt: „Eine der Hauptforderungen der Deutsch-nationalen Volkspartei sei die des Staatspräsidenten und einer berufsbildenden Kammer. Ganz selbstverständlich pflege die Partei den Kaisergedanken, die monarchistische Staatsform für die einzelnen Staaten und für das Reich.“ Nun wissen die Wähler, was die Deutsch-nationalen wollen.

Proletarische Feierstunden

Im Großen Schauspielhaus

Die proletarischen Feierstunden brachten gestern das Chorwerk des jungen Dichters Bruno Schönlanke „Erlösung“ zur Ausführung. Schönlanke ist unter den Dichtern, die die Arbeiterklasse hervorgebracht hat, die kürzeste lyrische Begabung. Er ist unverbildet und schöpft aus dem tiefen Born einer reichen Gefühlswelt, ohne sich an literarische Vorbilder zu halten. Durch die Ursprünglichkeit seines Erlebens, die er auch in der Gestaltung beibehält, wird Schönlanke zum Sprecher der Massen. So ungekünstelt und frei von jeder Pose zu dichten, ist heute ja nur wenigen gegeben. Und wenn gestern im dichtgefüllten Großen Schauspielhaus die Musik der Schönlanke'schen Verse Tausende in ihren Bann zog, so war dies wieder ein Beweis dafür, daß die größte Einfachheit die höchste künstlerische Wirkung erzielt.

Schönlanke's „Erlösung“ ist das Lied unserer Zeit. Es klingt aus ihm die Not des täglichen Kampfes, der Sehnsuchtssehne der in Nacht und Finsternis wandelnden Massen, die helle Erkenntnis, die weg- und zielweisend zu Kampf und Taten drängt, das Vorankommen der Jugend, der Schmerz der Niederlage und die Begeisterung, ausgelöst durch den Sieg, der erlöst wurde durch die Masse. Denn diese selber ist der Erlöser und Befreier.

Die Chöre, die von Frau Margarete Wellhoener einstudiert waren, lösten ihre Aufgabe überraschend gut. In Chören zu sprechen, ist ja immer eine schwierige Sache, selbst für Theater, denen saamännliche Kräfte zur Verfügung stehen. Schon manche Ausführung ist gerade an dieser Klippe gescheitert. Und nun sind die Chöre in den antiken Werken meist in einer breiten, getragenen Sprache geschrieben, die sich von einem Sprecher immerhin noch einigermaßen meistern läßt. Schönlanke's Chöre aber sind liebartig geschrieben, bieten also den Sprechern weit größere Schwierigkeiten. Und doch wurden sie ihrer Herr. Die ungeschulten, rauh zusammengelassenen Kräfte kleuderten ihr eigenes Schönen, Fühlen und Wollen in den weiten Raum und brachten damit, selbst begeistert entfacht, die Zuhörer in Wallung, erreichten eine künstlerische Wirkung, deren das geschulte Personal eines Theaters nur selten fähig ist. Besonders der Chor der Jungen ragte dabei hervor.

Die Einzelrollen wurden von Margarete Wellhoener (Frau) und Hans Siemsen (Mann) gesprochen, die beide den Geist der Dichtung voll erfasst hatten und missamt den Chören dem schönen Werk zu einem geschlossenen und nachhaltigen Erfolg verhelfen. Der Gesamteindruck der Veranstaltung wurde erhöht durch die Gedächtnisrede, die Artur Crispian den Opfern der Revolution hielt. Margarete Wellhoener brachte außerdem noch

Rabinett Briand in Frankreich

Paris, 16. Januar.

Um 6 Uhr nachmittags begab sich Briand ins Elysee und unterbreitete dem Präsidenten der Republik die Liste des neuen Ministeriums. Diese leht sich folgendermaßen zusammen: Ministerpräsident und Minister des Innern Briand, Justizminister Bonnevay, Minister des Innern Marraud, Kriegsminister Barthou, Marineminister Guiz-Hau, Finanzminister Paul Doumer, Minister für die besetzten Gebiete Loucheur, Kolonialminister Sarraut, Minister für öffentliche Arbeiten De Trocquer, Minister für Pensionen Maginot, Handelsminister Lucien Dior, Ackerbauminister Leserre du Pré, Gesundheitsminister Peredu, Minister für Unterricht und Künste Bérard, Minister für soziale Fürsorge Daniel Vincent.

Briand begab sich darauf ins Ministerium der öffentlichen Arbeiten, wo ein Ministerrat in Anwesenheit aller Minister stattfand. Heute abend 9 Uhr werden die neuen Minister dem Präsidenten der Republik vorgestellt. Die offiziellen Dekrete über die Zusammenlegung des neuen Kabinetts erscheinen morgen früh im Amtsblatt. Im Ministerrat fand ein Meinungsaustrausch statt, der morgen früh in einer neuen Zusammenkunft, die für 9 Uhr vormittags angesetzt ist, fortgesetzt werden soll. In diesem Ministerrat werden die Unterstaatssekretäre ernannt werden.

Die Alliiertenkonferenz

Wie „Temps“ meldet, wird die Zusammenkunft des Obersten Rates wegen der französischen Ministerkrise nicht am 18. Januar stattfinden können. Man glaubt, daß die Zusammenkunft noch vor Ende des Monats stattfinden wird. „Evening Standard“ berichtet, daß die Besprechung des Obersten Rates am 25. Januar in Paris stattfinden werde.

Französische und englische Pressestimmen

Ueber das neue Ministerium sagt „Echo de Paris“: Das große Ministerium der nationalen Vereinigung, das man uns versprochen hat, ist zu einem bescheidenen Ministerium mittlerer Klasse zusammengeschrumpft. Wir können nur wünschen, daß das Programm des neuen Ministeriums dem Ernst der Stunde und den Wünschen des Landes entspreche, mit Wünschen weiter klare und einfache Taten zu leben.

„Journal“ schreibt: Das neue Ministerium stellt eine weitgehende Zusammenfassung aller Schattierungen der republikanischen Meinungen dar. Parlament und Land werden ohne Zweifel geneigt sein, Briand einen großen Kredit zu gewähren, ohne den er nichts unternehmen kann.

„Petit Journal“ erklärt: Die Stunde gehört den großen Taten, den großen Gedanken und der großen Wirklichkeit für den Nachfolger eines Poincaré und eines Clemenceau und an der Seite eines Millerand, der eine so hohe Auffassung von seinem Amt hatte, bleibt in der Geschichte der Blah frei. Wir wünschen von ganzem Herzen, das Briand den Blah einnimmt.

In der „Humanité“ heißt es unter anderem: Das neue Ministerium ist ein Ministerium der Reaktion und es ist von der Art des Vertrages von Versailles. Es trägt in sich den Keim der Ohnmacht und des Versalles.

„Figaro“ führt aus: Das neue Ministerium ist nicht das Ministerium, das man sich wünschen kann. Denn der erste Mann, den man wollte, Poincaré, ist heute ausgeschlossen; aber jedenfalls nicht für lange. Denn um von längerem Bestande zu sein, müßte das Kabinett Briand dieselbe Politik verfolgen, die man von einem Kabinett Poincaré erwartet hätte. Das ist aber unmöglich. Denn Briand ist gerade im Gegensatz zu Poincaré, dessen Festigkeit man beifügt hätte, gemächelt worden.

Der „Intelligence“ beglückwünscht sich zu der Wahl, da es sicher sei, daß Briand versuchen werde, einen Zusammenschluß mit den Alliierten Rechnung zu tragen und mit Deutschland endgültig Frieden zu schließen. Die „Liberté“ hebt die diplomatische Geschmeidigkeit Briands hervor und bezogt dem Kabinett ihr Vertrauen. Der „Populaire“ ist besonders erfreut darüber, daß Poincaré von der Kabinettsbildung ausgeschlossen wurde. Nur der „Temps“ zeigt sich äußerlich reserviert.

Die englische Presse betont, daß Briand, obwohl er hinsichtlich der Durchführung des Friedensabkommens und der Wiedergutmachung stark ausgeprägte Ansichten hat, dennoch eine gewisse Flexibilität zeigen werde, welche die Zusammenarbeit mit Lord George nur fördern würde. „Observer“ ist der Ansicht, daß Poincaré und seine unversöhnlichen Anhänger wiederum versuchen würden, die Entente zu sabotieren. Die Beziehungen

zwischen England und Frankreich würden dann ernstlich bedroht sein und der alte Kampf wäre wieder auszufechten, nur mit dem Unterschied, daß diesmal die Zeit weit kürzer sein wird, um zu einer Lösung des Konflikts zu kommen. England habe die Aufgabe, in Paris zu erklären, daß die öffentliche Meinung Englands über den Ausschub der Wiederherstellung normaler Handelsbeziehungen sehr entrüstet sei und daß, falls Frankreich weiter auf seinen Buchstabenrechten Deutschland gegenüber bestehe dies eine ernste Bedrohung für Europa und die Entente bedeuten würde.

Die Stinnesierung der Zeitungen

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Dresden, 17. Januar.

Die unabhängige „Dresdener Volkszeitung“ enthält in ihrer heutigen Nummer einen Plan über die Stinnesierung der sächsischen und deutschen bürgerlichen Zeitungen. Die Zentrale dieser Fabrik öffentlicher Meinung befindet sich in Dresden im Schlosse des Großindustriellen, des königlich sächsischen Kommerzienrats Gottlieb Paul Leonhard, Besitzer von Rittergütern, Papier-, Strumpf- und Automobilfabriken und Aufsichtsratsmitglied von großen Werken usw. Tag und Nacht speien seine riesigen Papierfabriken in Grotzen bei Zwickau die Zeitungs-papierrollen aus, aus denen dann seine Verlagsdirektoren und Chefredakteure die politische Meinung fabrizieren. Kommerzienrat Leonhard teugnet zunächst jede Beziehung zu irgendeiner Zeitung. Es ist aber festzustellen, daß im Bannkreise seines Trustplans sich offiziell folgende Zeitungen bereits befinden: Chemnitzer Allgemeine Zeitung (Dt. Volkspartei), Chemnitzer Neueste Nachrichten (Demokr.), Vogtländischer Anzeiger-Blauen (Rechtsdemokr.), Braunschweiger Neueste Nachrichten, Braunschweiger Allgemeiner Anzeiger, Braunschweiger Landeszeitung und Kieker Neueste Nachrichten.

Der redaktionelle Verbindungsmann des Herrn Kommerzienrats ist der Dresdener Artillerieoffizier Sieverts, der in den letzten Zeit ausgegebenen Organisationsplänen in Chemnitz eine große Rolle spielt hat. Kommerzienrat Leonhard hat als Verlagsdirektor einen früheren Oberleutnant Hien, der vom Journalismus nicht die geringste Ahnung hat und einen Chefredakteur, die nun beide für die demokratischen, deutschvolksparteilichen und deutschnationalen Blätter die Leitartikel über einen Leisten schlagen müßen. Die Zeitungen des Kommerzienrats Leonhard zeichnen sich dadurch aus, daß sie einen wüsten Kampf gegen alles führen, was republikanisch heißt. Anscheinend kann es Herr Leonhard nicht drschmerzen, daß ihn seinerzeit die Revolution um seinen Sessel in der ersten Ständekammer des sächsischen Dreiklassenparlaments gewrucht hat.

Ein netzlicher Zufall will es, daß sich übrigens die Villa des Herrn Kommerzienrats Leonhard gegenüber der des größten Dresdener Geizhalses befindet.

Der neue Kaiserstaat

Der Nationalverband deutscher Offiziere veranstaltete am Sonntag gemeinsam mit dem Verband nationalgesinnter Soldaten eine Preußenfeier. Ein Oberleutnant Solger hielt eine Rede, in der er meinte, für Deutschland breche die große Zeit erst an. Es gelte, den großen nationalen Staat zu schaffen, der weit über die Grenzen von 1914 hinausgehe, und der alles umfasse, was in Europa deutsch spreche. Stürmischen Beifall fand der Redner bei seiner Erklärung: „Dieser Staat kann nur ein Kaiserstaat sein“, und erneuter Beifall legte ein, als er erklärte: „Der kommende deutsche Kaiser kann nur ein Haken-solter sein.“ Nach ihm sprach der altdeutsche Professor Koethe. Er beschimpfte die Berliner Bevölkerung und richtete eine scharfe Kampfansage gegen den Parlamentarismus. Er müsse bis auf den letzten Rest beiseite gerückt werden.

Wenn man auch die ganze Veranstaltung, insbesondere den Herrn Professor Koethe, nicht allzu ernst zu nehmen braucht, so zeigt doch die Kundgebung, mit welcher Ungeniertheit derartige Gesellen heute wieder auftreten.

Pagshützen im Saargebiet. Der frühere bayerische Ministerpräsident, Reichstagsabgeordneter Hoffmann, der in St. Ingbert in einer sozialdemokratischen Versammlung sprechen wollte, wurde bei der Pafskontrolle in Homburg angehalten und an der Einreise in das Saargebiet verhindert.

zwei Gedichte von Schönlanke und zwei von Karl Liebknecht, im Zuschauersaal verlegt, zum Vortrag. Herr Sidney Kiden sang mit schönem Organ Beethovens „Lied an die Hoffnung“, Alfred Wittenberg gab ein Violinolo. An der Orgel sah Herr Konrad Löwe, der außerdem das Schönlanke'sche Chorwerk musikalisch umtrahnte. Die Gesangsvorträge wurden von den Männerchören „Neu Erwahl“, „Wedding“ und „Freiheit“ Copenick gegeben. Es war eine reiche und schöne Sonntagsfeier, die auch bei ihrer Wiederholung am 30. Januar ein vollbesetztes Haus erwarten dürfte. E. R.

Aus den Konzerten

Wer das Zeug zum Geigen nicht mitbringt, dem kann der beste Pädagoge nichts nützen. Wo aber Fähigkeiten in der Anlage vorhanden sind, wie bei der 13jährigen Geigerin Anna Albrecht, da hat der Lehrer ein entscheidendes Stück Arbeit mitzuleisten, um die gelungene Grundlage zu schaffen. Der Hauptfehler der meisten Schalen beruht in der naturwidrigen Ausbildung des rechten Armes; fast alle tonischen Störungen haben ihre Ursache in der Art der Bogenführung. Anna Albrecht verfügt über einen musterfällig funktionierenden rechten Arm. Die schwierigsten Blott- und Mozartstücken bewältigt sie hemmungslos. Klangleichheit und Intensität des Tones werden erst zur vollen Entfaltung kommen, wenn das nervöse Vibrato in der linken Hand beseitigt ist.

Hugo Venus, der mit dieser jungen Schülerin zum ersten Mal als Pädagoge in die Öffentlichkeit tritt, hat einen beträchtlichen Nachwuchs an ausgezeichneten Geigern der Berliner Staatsoper zugeführt. Sie fanden sich alle ein, um unter dem Taktstock ihres Meisters die orchestrale Begleitung zu übernehmen. Ein beseligendes Musikerpaar von erstem Rang war die „kleine Nachtmusik“ (Serenade D-dur) für Streichorchester von Mozart, die als eingeschaltetes Intermezzo eine erquickende Abwechslung bot.

Therese Schnabel gehört zu den denkenden Sängerinnen. Ihre Gestaltungsart fesselt nach wie vor mit jeder Faser, obwohl ihre Stimme an äußerem Reiz eingebüßt hat. Mit welcher schöpferischen Spannung sie aus eigenster Inspiration zwingend belebt (wie im Schubert'schen „Doppeltgänger“ oder „Erlösung“), das ist höchste Kunst. Dagegen sollte sie auf alles Leichtes und Tändelnde, das wesentlich auf Anmut und Klangleichheit zugeschnitten ist, bei der Auswahl ihrer Vortragsstücke verzichten. Bruno Eisner verwich selbstgestaltend in der Begleitung mit jeder Eingebung der Sängerin zu reifer Einheit. Solistisch hörte ich von ihm den vierten Satz aus der fis-moll-Sonate von Schumann; er spielte ihn temperamentvoll mit klingender Wucht. Steffi Koschate und Sabine Meyen hatten Brahms' und Johann Strauß' zu dem zweiten Teil ihres Programms verbüßert. Die Heißblütigkeit, mit der Steffi Koschate den ersten Satz des Brahms'schen Violinkonzertes durchschnellte, schuf eine

gang ungewohntes Klimat und harl für sich zeugende Nuancen. Der Adagio, edel im rein atmen, kantilen Klang, blähte an blühender, erotischer Lebendigkeit ab. Die Doppelgriffe am Froch im leichten Satz und auch die Detache-Striche im Finalsatz des Dvorak'schen a-moll-Konzertes würden ihre hölzernen Geprächheit verlieren, wenn sich das Handgelenk der rechten Hand locker bewegen und der Unterarm noch gelöster vom Oberarm streichen würde. — Nach Brahms kam die große Erwartung und um so größere Enttäuschung: der Johann Strauß'sche Wiener Walzer. So etwas geht dem durchschnittigen Norddeutschen nie in die Fingerspitzen. Agrawis, aus dem sonst beim kleinsten Anlaß Jantse sprühen, bekam ein heißes Rückgrad, das Orchester spielte Sonntag-Nachmittags-Schwaf und Sabine Meyen gab mit verbrauchter Kehle ohne jegliches pridelnde Gitzern und Sprühen ihre Korlaturen. F. F. Windisch

Durusblätter-Wohnzinn. Von Gerhart Hauptmanns Sonetten — es sollen im ganzen drei Stücke sein — bereitet der Potsdamer Verlag von H. M. Wenarius eine radierte Luxusausgabe vor. Der radierte Text wird von Bildern und Titelschmuck ebenfalls in Radierung ergänzt. 100 Stück werden von den Radierplatten abgezogen, dann werden die ersten 5 auf Bergamini gedruckt, in Bronze gebunden und kosten je 4800 Mark! Wenn hier eine Dichtung zur Entschuldigung dieser bibliophilen Verrücktheit dient, so kann das nicht von der Anknüpfung des Werkes „Doudoir“ einer Berliner Modeschriftstellerin gelten, die ein anderer Verlag herausbringen will: „in künstlerischem Luxusausgabe, ganz in Seide gebunden“. Also das stinkende Buch! Während Steuerhinterzieher und Snobs mit solchen „Buchstücken“ pröken, darbi der größte Teil unserer Schriftsteller und die Arbeiter können sich kaum auch nur die billigsten Ausgaben klassischer Literatur kaufen.

Der Reichswirtschaftsrat und geistige Arbeit. Der vom Reichswirtschaftsrat gebildete Unterausschuss zur wirtschaftlichen Förderung der geistigen Arbeit hat sich konstituiert. Erster Vorsitzender ist Prof. Dr. Ernst Jäck (Deutscher Werkbund), zweiter Vorsitzender Rudolf Gönner (wirtschaftlicher Verband Bildender Künstler München), Schriftführer Dr. Friedrich Rösch (Allgemeiner Deutscher Musikverein und Genossenschaft Deutscher Tonkünstler). Dr. Leon Feilke vom Schupverband deutscher Schriftsteller führte in den Verhandlungen aus, es handle sich nicht darum, eine Wohlfahrtsaktion zu veranlassen, sondern die Voraussetzungen für eine produktive Eingliederung der geistigen Arbeit ins Wirtschaftsleben zu schaffen, ohne die heute unsere gesamte Volkswirtschaft gefährdet erscheint. Aus dem Arbeitsgebiet des Ausschusses wurde als besonders dringlich herausgehoben die Frage der Durusksteuer, des Urheberrechts und die Möglichkeit von Staatsbeihilfen in Form einer produktiven Erwerbslosenfürsorge für geistige Arbeiter.

Warum werden Bauarbeiter entlassen?

Von Hermann Radtke, Stadtverordneter

Die Berliner Gewerkschaftskommission hat beschlossen, die Konflikte bei Loewe und im Neuköllner Rossfabrikbetrieb weiter zu bearbeiten. Das gleiche muß unter allen Umständen mit dem kommunalisierten Baubetrieb, der Neuköllner Stadtbau-Gesellschaft G. m. b. H., welche heute nicht mehr der Stadt Neukölln, sondern der neuen Stadtgemeinde Groß-Berlin gehört, geschehen. Trotz Versicherungen an maßgebenden Stellen bleibt es Tatsache, daß nichts geschieht, um den eigenen Betrieb aufrecht zu erhalten. Die vorhandenen umfangreichen Arbeiten, die nicht nur ausreichen, um die gegenwärtige Arbeiterzahl voll zu beschäftigen, sondern eine erhebliche Erweiterung und damit eine noch größere Rentabilität zu erreichen, werden nach allem Muster an Privatunternehmer vergeben.

Ein solches Verfahren ist im Interesse der neuen Stadtgemeinde unverantwortlich, platonische Liebeserklärungen sind zwecklos, hier muß mit eiserner Hand dazwischen gefahren werden. Die verantwortlichen Leiter der Bauämter in Groß-Berlin und in den Bezirken haben die Pflicht, zuerst im Wege der Verhandlungen alle Arbeiten diesen Betrieben anzubieten, zumal hier Arbeitskräfte beschäftigt sind, die von den Arbeitsnachweiser bezogen und über Groß-Berlin verteilt wohnen.

Der Einwand der Leistungsunfähigkeit kann nicht erhoben werden, alle, die die von der Stadtbau-Gesellschaft ausgeführten Arbeiten befristet haben, waren der Auffassung, daß sie zu den besten gehören, die in der Neuzeit ausgeführt wurden. Zu diesen Bauleitern gehören namhafte Vertreter des In- und Auslandes; aber bezweifeln muß man, ob sich die in Frage kommenden Instanzen in Groß-Berlin auch nur einmal darum bemüht haben.

Das ganze Unternehmen ist streng kaufmännisch ausgelegt, steht technisch durch Anwendung der modernsten Maschinen und Einrichtungen völlig auf der Höhe und umfaßt alle Spezialbetriebe des Baugewerbes. Wenn sich die leitenden Kreise von der Voreingenommenheit gegen kommunalisierte Betriebe freimachen, wird ihnen dieses Unternehmen ein gutes Hilfsmittel bei der Ausführung ihrer Pläne sein und viel unnötige Arbeit ersparen, da sowohl Leiter wie Arbeiter in eigenem Interesse für die Stadtgemeinde und somit für sich selbst arbeiten.

Die Wohnungsnot ist unbeschreiblich, die Wohnungsdämmerung nicht mehr in der Lage, die allerdringendsten Notfälle zu befriedigen. Baumaterialien sind für Neubauten aufgestapelt, Reparaturen sind überall dringend notwendig und wir sollen in unseren eigenen Betrieben Arbeiter entlassen, sollen sie monatelang unter die vielen tausende von Arbeitslosen werfen, die vollends zugrunde gehen müssen? Wir selbst sollen die eigenen Betriebe einschränken, um das Defizit der Stadt durch ihre Unrentabilität noch vergrößern?

Was heute bei den Bauämtern gespart wird, wird bei den Wohlfahrts- und Gesundheitsämtern, der Erwerbslosenbeihilfe mehr als doppelt völlig unproduktiv ausgegeben. Wir selbst sollen geizig sein, die Arbeiter, die mit Leib und Seele an unseren Betrieben hängen, zu entlassen, sollen unnötige Konflikte heraufbeschwören, weil es angeblich an Mitteln fehlt? Soll denn die heutige Generation alles tragen, was der unselige Krieg verursacht, gibt es keine Mittel, um der Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot zu steuern?

Wenn die herrschende und bestehende Klasse das Elend, was die Arbeiterklasse seit Jahren durchgemacht, auch nur eine Woche erdulden müßte, dann wäre Abhilfe sehr bald möglich. Ständig heißt es, nur Arbeit kann uns retten, hier sollen eingearbeitete Kräfte zur Entlassung gebracht werden. Kann man es nicht verstehen, daß sich die Arbeiter dagegen wehren, ist es nicht geradezu ihre Pflicht?

Wir sozialistischen Vertreter haben uns bei allen Stellen reißend bemüht, das Uebel abzuwenden, haben treffende Worte gehört und sollen nun gegen unsere Einsicht und Gewissen mitgehen, die Betriebe einzuschränken. Das ist wahrlich zuviel verlangt. Wenn wir nur mit den Arbeitern beraten und ihnen Vorschläge machen, so geschieht es nur deshalb, um den Eigenbetrieb nicht völlig unmöglich zu machen.

Eine unangenehme Bitterkeit muß alle erfassen, die in die gegenwärtigen Kämpfe verwickelt sind. Es kommt der Tag, wo von allen Menschen verlangt wird, ob sie alles getan haben, um das Elend zu mildern. Die gesamte Arbeiterklasse wird als Ankläger auftreten und jeden zur Verantwortung ziehen.

An die Verwaltungen Groß-Berlins richten alle Beteiligten die Aufforderung, ihren eigenen Betrieb durch Ueberweisung aller einschlägigen Bauarbeiten zu unterstützen.

Industrielle Vertrauensstellung

Verammlung der Angestellten des Siemens-Konzerns

Im Circus Busch tagte am Sonntag eine Betriebsversammlung der Arbeiter und Angestellten des Siemens-Konzerns, um zu der Vertretung Stinnes-Siemens (Siemens-Rhein-Elbe-Schäfer-Union) Stellung zu nehmen. Obwohl die Firma die Bekanntmachung der Versammlung durch ein Verbot der Plakatausstellung zu verhindern suchte, war die Versammlung überaus stark besucht, der große Circus war bis auf den letzten Platz gefüllt.

Der Referent, Dr. Alfons Goldschmidt, erörterte in der von Stinnes beabsichtigten Wirtschaftsform das letzte Stadium des Hochkapitalismus mit einer gewissen Tendenz zur Planmäßigkeit. Der Referent kam zu dem Schluß, daß das nächste Ideal die Annäherung der Produktionskräfte von unten und oben sein müsse, um die Kontrolle der Produktionsmittel wirklich auszuüben. Unbeschadet aller hemmenden Kräfte muß das Proletariat den sozialistischen Staat selbst hämmern.

Der nächste Redner, Genosse Hiltberg, führte aus: Die Pläne Stinnes bilden eine bestimmte Phase in der ökonomischen Entwicklung des Kapitalismus. Stinnes, der anerkannte Führer der Kapitalistenklasse, beschäftigt mit der Durchführung seiner Pläne der Herr Deutschlands wirtschaftlich sowohl als auch politisch zu werden. Durch die Konzentration des Finanz- und Industriekapitals tritt an Stelle der bisherigen freien Konkurrenz die Herrschaft einiger weniger Leiter der Trusts, die die Kontrolle über die ganze Industrie ausüben und die Arbeiter von jeder Mitbestimmung fernzuhalten suchen.

Der Plan Stinnes geht dahin, durch den Besitz der Rohstoffgebiete die ganzen Industrien zu beherrschen und 2. den Einfluß des Staates auf die Wirtschaft durch seine beschleunigte Zentralisation zu beseitigen. Stinnes hat eine alle kapitalistische Forderung, die Planmäßigkeit in der Bedarfsdeckung der ganzen Gesellschaft, zu einer kapitalistischen Forderung umgeformt, um dem Sozialismus das Wasser abzuschneiden, jedoch nur zur Stärkung seiner eigenen Nachposition und einiger weniger Kapitalmagnaten. Die Verfügung über Kohle und Eisen gibt nicht nur die Macht im eigenen Lande, sondern sie hat großen Einfluß auf die auswärtige Politik. Es hängt wesentlich von dem Willen der Verarbeiter ab, ob die Verpflichtungen der Entente gegenüber in der Rohstofflieferung erfüllt werden. Wir sollen uns unserer Macht bemühen und in dem Kampf um die Entlassung der Kohle den ersten Schritt zur Verwirklichung des Sozialismus tun.

Genosse Kuschner ergänzte die vorherigen Ausführungen. Im Besonderen wies er darauf hin, daß die Betriebsräte viel mehr als bisher die ihnen gestellten Aufgaben erfüllen müssen. Bei der Eindringung in die Produktionsverhältnisse ist das zu

Vorbereitung feindselige Bilanzgesetz von ganz besonderer Bedeutung, was bisher aber nicht genügend beachtet worden sei. Weiter sei das Augenmerk auf die Bestrebungen der Unternehmer zu richten, die die von uns angestrebte Einheitsfront der Arbeiter- und Angestelltenbewegung zerstören wollen. Diese Einheit ist notwendig, wenn wir die Wirtschaft aufrichten und das große Massenierben des arbeitenden Volkes verhindern wollen. Dieser Aufbau ist aber nur möglich, wenn an Stelle der kapitalistischen Profitwirtschaft, die sozialistische Bedarfswirtschaft tritt.

Die Versammlung nahm eine Resolution an, die es verurteilt, daß die Firma Siemens das Zustandekommen der Versammlung durch Verbot der Anschläge und anderer Maßnahmen nach Möglichkeit zu verhindern suchte.

Die Versammlung verlangt ferner einstimmig die Bildung einer Organisation sämtlicher Betriebsräte des Siemens-Konzerns, und der Unternehmungen mit denen der Siemens-Konzern in Interessengemeinschaft steht (Rhein-Elbe-Union) und dieser durch Veranlassung oder auf andere Weise angegliederten Unternehmungen.

Rundgebungen im Reiche

II. Leipzig, 16. Januar.

Die Unabhängigen und das Gewerkschaftsforum hatten anlässlich des Todestages von Liebknecht und Rosa Luxemburg zahlreiche Versammlungen einberufen, die stark besucht waren. In den verschiedenen Reden wurde die Einheitsfront der Arbeiter gegen Kapitalismus und Bürgertum gefordert. Die Kommunisten hielten eine Verlammlung auf dem Platz vor dem Reichsgericht ab. Nach Schluß der Versammlungen gab es noch Rundgebungen der Unabhängigen und dann der Kommunisten auf dem Augustusplatz, den die geschlossenen Rüge der polizeilichen Absperzung erreichen konnten. Bis zur Mittagsstunde ist alles in Ruhe verlaufen.

Nach einer Meldung des „T. U.“ aus Königsberg, kam es dort anlässlich einer kommunistischen Versammlung im Gewerkschafts-Haus, die zur Erinnerung an den Todestag Liebknechts und Rosa Luxemburgs einberufen war, zu Zusammenstößen mit der Polizei, die mit blauer Waffe gegen die Demonstranten vorging. Ob und wieviel Personen verletzt wurden, steht noch nicht fest.

Es lebe die Polizei!

Geld, Offiziere und Mannschaften — alles da!

Die neue Schutzpolizei für Preußen setzt sich zusammen aus zwei Kommandeuren (Berlin und Essen), 20 Oberleuten, 38 Oberwachmeister, 300 Majore, 602 Hauptleute, 675 Oberleutnants, 800 Leutnants, 1100 Hauptwachmeister, 10 000 Oberwachmeister, 27 500 Wachmeister und 25 500 Unterwachmeister. Das Bureaupersonal besteht aus 388 Obersekretären, 33 Polizeiräten, 6 Inspektoren, 75 Ärzten, 10 Tierärzten, 4 Regierungsräten, 4 Apothekern, 2 Oberregierungsärzten, 3 anderen höheren Beamten. — Für diesen staatlichen Apparat hat der Reichstagshaushaltsausschuss am Sonnabend 14 Millionen Mark bewilligt. Diese Summe gilt allerdings nicht allein für die preussische Polizei.

Es ist bezeichnend, mit welchem Eifer und mit welcher finanziellen Freigebigkeit und Großzügigkeit in Preußen-Deutschland polizeiliche und militärische Zwecke gefördert werden. Man vergleiche damit die Kleinlichkeit, die ewige Bedenklichkeit und Unentschlossenheit in sozialpolitischen und kulturellen Fragen, von anderen gar nicht zu sprechen. Auf irgendeine Weise muß eben für Soldaten gesorgt werden, mögen sie auch öfter der Schaffung von Unruhen als ihrer Bekämpfung dienen.

Schiedspruch im Braunkohlenbergbau

In den Lohnverhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues hat der vom Reichsarbeitsministerium einberufene Schiedsgerichtsausschuss am 15. Januar 1921 folgenden Schiedspruch gefällt:

1. Es wird eine Schichtlohnherabsetzung von 3,50 M. in den Randbetrieben von 3,30 M. gewährt. Die Differenzierung der Frauen und Jugendlichen bleibt den Tarifvertragsparteien überlassen.
 2. Es wird den an der Produktion beteiligten Schichtführern bei Erreichung der Normalleistung eine Prämie von 2,50 Mark gewährt.
- Die Parteien haben sich die Stellungnahme zu diesem Schiedspruch noch vorbehalten.

Oesterreichs verzweifelte Lage

Das Reutersche Bureau erfährt, daß maßgebende englische Kreise keine Bestätigung der Absicht der österreichischen Regierung erhalten haben, die Verwaltung des Landes aufzugeben. Nach den letzten, in englischen Kreisen eingetroffenen Nachrichten sei jedoch die Lage in Oesterreich verzweifelt. Ein im erwähnten Sinne gehaltenes Schrittwort österreichischer Regierung könne daher jeden Augenblick erfolgen. Die Gewährung eines großen Kredites durch die Alliierten, einschließlich der Vereinigten Staaten, an Oesterreich durch Uebernahme verschiedener Regierungsmonopole in Oesterreich würde große Schwierigkeiten sowohl hinsichtlich der Geldfrage, als auch bezüglich der Verantwortung mit sich bringen. Eine Schätzung gehe dahin, daß es 50 Millionen Pfund Sterling erfordern würde, um Oesterreich noch einmal auf die Beine zu helfen. Die Lage sei daher äußerst ernst.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Observer“ schreibt, Oesterreich müsse wieder aufgegeben werden, wenn die Fiktion nicht von einem Ende Europas zum anderen bringen solle.

Sozialdemokratischer Protest gegen die Regierung

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Wien: Die Sitzung des Nationalrates begann mit einer geharnischten Rechtsverwahrung der Sozialdemokraten gegen die Bestellung eines Stellvertreters des Ministers für Heereswesen durch die Regierung ohne vorherige Befragung des Parlaments oder mindestens des Hauptausschusses, was dem Wortlaut der Verfassung zuwiderlaufe. Der Volksmachtenkreis, der jetzt dem früheren General Rudolf Müller erteilt wurde, bedeutet die Realisierung des um die Organisation der Wehrmacht nach dem Umsturz sehr verdienten Obersten Böckers und ist abgesehen von der verfassungsrechtlichen Bedeutung, mit ein Schritt, die österreichische Wehrmacht nach dem Wunsche der Entente „verläßlich“ zu machen.

Der Poststreik beendet.

Die Verhandlungen zwischen der Regierung und den streikenden Postangestellten haben gestern spät abends zu einer Einigung geführt, so daß beschlossen wurde, den Streik im Post-, Telephon- und Telegraphenbetrieb für beendet zu erklären. Die Einigung, über die eine offizielle Mitteilung von der Regierung ausgegeben wurde, ist auf Grund eines Vorschlages der Regierung erfolgt, der die Schaffung eines neuen einheitlichen Dienstzweiges vorsieht. Diefes soll die Wünsche beider Gruppen der Postangestellten berücksichtigen. Der Telephon- und Telegraphenbetrieb wurde heute in früher Morgenstunde wieder aufgenommen.

Groß-Berlin

Müder gegen den neuen Schulrat

Müder können keinen Mann gebrauchen, der frei vom Müderum ist. Und schon laufen sie Sturm gegen den neuen Stadtschulrat Paulsen. Obwohl alle Fachleute Herrn Paulsen große Sachkunde nachrühmen, hat sich der Zentrumsparter Lichtenberg darauf gemacht, gegen den neuen Schulrat eine Protestbewegung einzuleiten. Um das besser zu können, ist er nach Hamburg gefahren, um über Paulsen Erkundigungen einzuziehen. Herr Lichtenberg sucht im Gegensatz zu allen Fachleuten Neugierungen zusammen von Leuten, die von der Sache nichts verstehen, um zu einem abschließenden Urteil zu kommen. Der Zentrumsparter ist der Meinung, daß ein Schulmann nur dann lächlig sein kann, wenn er Müder ist. Ueber die Zusammenkunft Lichtenbergs mit Paulsen heißt es in dem von dem Herrn Parter selber erstatteten Bericht im „Lokalanzeiger“:

Parter Lichtenberg schildert dann weiter, wie nach einiger Zeit Herr Paulsen in Begleitung des Direktors Blum-Charlottenburg hinzukam; und nach einer gründlichen Unterhaltung über pädagogische, religiöse und soziale Fragen sagte Paulsen: „Was verlangen Sie eigentlich von einem Berliner Oberstadtschulrat?“ — Darauf Lichtenberg: „Von dem obersten Leiter konfessioneller christlicher Schulen verlange ich, daß er nicht nur anerkanntes Fachmann ist, sondern, daß er an Gott glaubt, daß er an Christus glaubt, daß er die Kirche respektiert und mit ihr in lebensvoller Verbindung steht.“ — „Das können Sie freilich von mir nicht erwarten.“ — „Deshalb lehnen wir Sie ja auch ab. Und deshalb haben wir schon gestern einen Protest gegen Sie als konfessionslos beschlossen.“

Das ist also der wahre Grund der Unzufriedenheit mit Paulsen. Er ist konfessionslos. Und das sagt genug, um die Aufsichtsbehörde anzugehen, auch ihm die Bestätigung zu verweigern. Warten wir ab, ob der Oberpräsident erneut sich dem Müdertum unterwirft.

Die Beherbergungssteuer

In der Sitzung des Steuerausschusses am Sonnabend wurde zunächst vom Magistrat Mitteilung gemacht über eine Besprechung mit den staatlichen Behörden wegen der Wohnungstaxensteuer. Das Wohlfahrtsministerium verlange die Freilassung der Neubauten und der Anhebungen von der Steuer und auch eine Ermäßigung der Steuerhöhe. Die Unabhängige Fraktion lehnte ein Eingehen auf diese Forderungen, insbesondere die letztere, entschieden ab. Das Ministerium habe kein Recht zu einem solchen Druck, der nur die Geschäfte der bürgerlichen Parteien fördern. Die von bürgerlicher Seite beantragte dritte Lesung der Wohnungstaxensteuer wurde mit 7 gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Der Steuerausschuss wandte sich darauf der Vorlage über die Bildung eines Ausgleichsstaats zu. Dieser dient dem Zweck, Fehlbeträge der Gesamtrechnungsabläufe des Stadthaushalts, besonders Mindererträge der Steuern und der städtischen Werke auszugleichen. Der Ausgleichsstaad kann auch zur Herstellung des Gleichgewichts im Stadthaushalt herangezogen werden. Sein Bestand soll 150 Millionen nicht übersteigen. Der Vorlage wurde nach kurzer Aussprache zugestimmt.

Darauf erledigte der Steuerausschuss in erster und zweiter Lesung die vom Magistrat als „Wohnsteuer bei vorübergehendem Aufenthalt in der Stadtgemeinde Berlin“ eingebrachte Steuervorlage. Der Ausschuss beschloß, diese Steuer „Beherbergungssteuer“ zu benennen. Nach Vornahme einiger kleinerer Änderungen (Zimmer bis zu 6 M. bleiben steuerfrei) wurde der Vorlage mit großer Mehrheit zugestimmt. Berichterstatter ist Stadtverordneter Dr. Berg (U. Soz.).

Der Steuerausschuss trat dann in die allgemeine Aussprache über die Einkommensteuer ein, zu der bereits in einer früheren Sitzung die Vertreter der Theaterbesitzer gehört worden sind, und zu der eine Reihe weiterer Eingaben eingegangen sind. Der Kammerführer aus, man könne keinen Unterschied zwischen literarischen und sonstigen Theatern machen, das läge auf einer Art Zensur hinaus. Die Behauptung, daß die Lustbarkeitssteuer vernichtend gewirkt habe, müsse er bestreiten. Der Rückgang der Theater sei auf die allgemeine wirtschaftliche Lage zurückzuführen. Die weitere Beratung wurde nach den ersten Erklärungen der Parteien auf Montag vertagt.

Witterungsumschlag

Sowohl die eine Voraussage über die Witterung machen läßt, lassen alle Anzeichen erkennen, daß die ungewöhnlich milde Temperatur der letzten Wochen jetzt endgültig in eine kältere umschlagen wird. Tiefgehende Veränderungen in den Luftströmungen über dem Atlantischen Ozean haben dies bewirkt, und die erfolgten Beobachtungen haben ergeben, daß in den Luftströmungen jetzt ein sogenanntes „Hochdruckgebiet“ erschienen ist, das kälteres Wetter, wahrscheinlich auch zuerst Schnee, bringt.

Die geradezu frühlingmäßige Wärme, die in den letzten Wochen im Gegenlag zu dem kalten und rauhen Herbst und Frühwinter herrschte, war in der Tat eine außergewöhnliche Erscheinung. Das Hoch selbst am 15. Januar, der im Durchschnitt sonst der kälteste Tag zu sein pflegt, eine Temperatur von 9 Grad über der Durchschnittstemperatur. Die Annäherung der kälteren Luftströmungen erfolgt aber mit ziemlicher Geschwindigkeit, so daß schon am Freitag nachmittag nur noch 2 Grad über Null waren und gestern und am Sonnabend schon eine strengere Kälte herrschte.

Kein Proletarierklub darf morgen an irgend einer Schullektion teilnehmen, die nationalistische Demonstrationen sind. Arbeitereltern, laßt eure Kinder nicht zu den politischen Zwecken der Nationalisten mißbrauchen, haltet sie morgen von den Schullektionen fern!

16. Verwaltungsbereich. Dienstag, 18., abends 7 1/2 Uhr, im Köpenicker Rathaus Fraktionsitzung.

Keine verdorbene Milch. Das Nachrichtenamt des Berliner Magistrats wendet sich gegen eine in den „Allgemeinen Anzeiger“ erschienene Meldung, offenbar aus Milchhändlerkreisen stammend, nach der durch mangelhafte Vorauszahlung am 2. Januar d. J. 30 000 Liter Milch in den Aufbewahrungsbüchsen verdorben seien. Diese Nachricht wird als unrichtig erklärt. Von einem Verderben der Milch könne überhaupt keine Rede sein. Seit dem Eintritt der warmen Witterung, also seit etwa Mitte Dezember v. J., sind fortlaufend täglich Milchmengen von 5000 bis 25 000 Litern verdorben, das heißt ordnungsmäßig vermerkt worden, aber in keinem einzigen Fall deswegen, weil sie sich in den Kühlbüchsen nicht gehalten haben, sondern weil die Sauerung, bevor die Milch dorthin geleitet wurde, so weit vorgeschritten war, daß sie sich selbst zur Neutralisation nicht mehr eignete.

Verhafteter Betrüger. („Ein gefährlicher Betrüger“) Daß ein vom Betriebsrat gewählter Postauswechsler sich jetzt als ein Betrüger erwiesen hat, benutzte die bürgerliche Presse vom Schlage des Lokalanzeigers zu einer Heiße, indem sie die Kriminalnotiz mit „ein gefährlicher Betrüger“ überschreibt und sonst einige häßliche Bemerkungen daran knüpft. (Die bürgerlichen Herrschaften täten besser, sich um Bierimpel und Genossen zu besümmern.) Als vielseitiger Betrüger entlarvt hat die Kriminalpolizei den Postauswechsler Artur Schlawig, den Zentralbetriebsrat der Oberpostdirektion. Beamte der Inspektion O statten ihm in seiner Wohnung einen Besuch ab. Bei der Durchsichtung der Wohnung fand die Kriminalpolizei ein Bündel Aktenstücke über Zivilprozesse, die der Postauswechsler als Binnkonfident führte. In einer Prozeßsache geizhast er sogar als Rechtsanwalt Schlawig,

